

## Newsletter – Ausgabe Nr. 8

Liebe Genossinnen und Genossen,

etwas verspätet wollen wir Euch wieder einmal über das Neueste aus dem Regionalverband Ruhr informieren. Am 6.10.2017 war die letzte, in der Regel vierteljährliche Verbandsversammlung. Unsere Fraktion hat zwei eigene Anträge eingebracht: Den Auftrag an die Verwaltung, sich für den Erhalt des Sozialtickets im Öffentlichen Nahverkehr auf Landesebene einzusetzen und eine Resolution zu den Perspektiven für Langzeitarbeitslose im Ruhrgebiet.

Um es vorwegzunehmen: Mit beiden Anliegen waren wir erfolgreich. Nach drei Wochen Beratung (!) brachte die XXL-Koalition von CDU, SPD und Grünen sprichwörtlich in letzter Minute, nämlich eine Stunde vor Beginn der Versammlung, zwar eigene Änderungsanträge auf den Tisch. Unseren Anliegen wurde jedoch nach wie vor ausreichend Rechnung getragen, so dass sie mit einer sehr breiten Mehrheit verabschiedet wurden. Näheres dazu und zu weiteren Themen findet Ihr in dieser Ausgabe des Newsletters bzw. auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de>.

### Die Themen im Überblick:

#### **Wichtiges aus der 15. Verbandsversammlung**

<b>Forderung an das Land – Sozialticket erhalten</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Endlich Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen – Bund und Land in der Pflicht!</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Aufstellung des Regionalplans nicht weiter verzögern – öffentliche Debatte endlich beginnen</b>	
<b>Letzte Formalien für den Start Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr geklärt</b>	

#### **Neuigkeiten aus den Ausschüssen**

<b>Kiesabbau in Wesel – Wie weiter?</b>	<b>Seite 3</b>
<b>RVR will Halden und Forstbereiche von der RAG übernehmen</b>	
<b>Gelder für Kulturförderung stehen noch in 2017 zur Verfügung</b>	<b>Seite 4</b>

#### **Außerdem ...**

**Was verbirgt sich hinter dem ruhrFIS Monitoring Daseinsvorsorge?  
Rassistisch – darf man zur AfD sagen ... Ermittlungsverfahren eingestellt**

#### **Einige Pressemitteilungen**

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr!

#### **Wichtiges aus der 15. Verbandsversammlung**

---

##### **Forderung an das Land – Sozialticket erhalten**

---

Bis zum heutigen Tag fehlt eine klare Aussage der Landesregierung zur Fortführung und Finanzierung des Ticketangebotes durch das Land. Im Koalitionsvertrag taucht als Absichtserklärung nur die Einführung eines Azubi-Tickets auf. Kommt bis Jahresende keine konkrete Ansage aus Düsseldorf, droht die Einstellung des Tickets seitens der Verkehrsunternehmen. Unsere Fraktion hat deshalb einen Antrag zur Behandlung des Themas in der Verbandsversammlung eingebracht. Mehr denn je steht der Verband in der Pflicht, sich zu den Themen der Region gegenüber dem Land zu positionieren. Die Räte in Dortmund, Essen, Bochum und Duisburg und der VRR haben bereits klare Forderungen zum Erhalt des Tickets an das Land verabschiedet.

Olaf Jung hat in seiner Rede zu dem schlussendlich gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und Linken deutlich gemacht, dass es uns wichtig ist, dass die Verbandsversammlung ein klares Zeichen nach Düsseldorf zum Erhalt des Sozialtickets sendet. Er sagte, dass der Antrag der kleinste gemeinsame Nenner ist. Unsere weitergehenden Forderungen zur Erhöhung und Dynamisierung der Landesmittel und zur Senkung des Preises des Sozialtickets bringen wir nun in den Arbeitskreis der Fraktionen von RVR und den Verkehrsverbänden VRR und NWL ein.

Ohne die Senkung des Ticketpreises für das „Mein Ticket“ auf den aktuellen Regelsatz für Leistungen nach SGB II ist und bleibt es kein wirkliches Sozialticket.

Die FDP lehnte den Antrag ab.

---

### ***Endlich Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen – Bund und Land in der Pflicht!***

---

Auch dieser Antrag, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde, geht auf unsere Initiative zurück. Hintergründe unseres Antrages sind zum einen, dass der Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) die bereits genehmigten Modellprojekte zur Schaffung von Perspektiven für Langzeitarbeitslose in den Städten Essen, Gelsenkirchen und Duisburg auf Eis gelegt hat. Nur Dortmund kann sein Projekt bisher umsetzen. Zum anderen wollte die Fraktion unseren mehrfachen Forderungen zur Auseinandersetzung mit den Fragen der öffentlichen Beschäftigung, der Schaffung von neuen Perspektiven für Langzeitarbeitslose und der notwendigen finanziellen Unterstützung von Land und Bund, im RVR erneut Gehör verschaffen.

Auch mit diesem Antrag hatte die FDP ein Problem. Sie erwartet von der Politik im RVR mehr Vertrauen in den neuen Minister und dessen Vorstoß, die Projekte faktisch als Neuauflage des Kombilohns stärker im privaten Arbeitsmarkt anzusiedeln.

Wolfgang Freye kritisierte diese Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik als Neoliberalismus pur und gerade im Ruhrgebiet nicht umsetzbar – dafür ist der Anteil der Langzeiterwerbslosen einfach zu hoch, zu viele Industriearbeitsplätze wurden wegrationalisiert. Entsprechend fordern Kommunen und Gewerkschaften auch die Förderung öffentlicher Beschäftigung in einem Sozialen Arbeitsmarkt. Dabei müsse es um dauerhafte, sinnvolle, tariflich gebundene Arbeits- und Qualifikationsmöglichkeiten in gemeinwohlorientierten Organisationen und Unternehmen gehen. „Ohne die Entwicklung solcher Projekte kann der Teufelskreis von Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit für viele Menschen nicht durchbrochen werden.“

Die unterschiedlichen Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit sollen auf der ersten Sozialkonferenz des RVR im März 2018, die wir bereits in den Haushaltberatungen 2015 angeregt hatten, diskutiert werden.

---

### ***Aufstellung des Regionalplans nicht weiter verzögern – öffentliche Debatte endlich beginnen***

---

In einem breit angelegten Beteiligungsprozess arbeitet die Verwaltung seit drei Jahren an der Erstellung des neuen Regionalplans Ruhr. Nun soll im Frühjahr 2018 der Erarbeitungsbeschluss gefasst werden. Damit könnten die erarbeiteten Ziele und Grundsätze für die räumliche Entwicklung des Ruhrgebietes endlich öffentlich diskutiert werden. Die FDP legte hierzu einen Antrag vor, dessen Umsetzung diesen Prozess verzögern würde: Sie wollte die Beschlussfassung in den Sommer 2018 schieben.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Allerdings merkte die CDU-Fraktion an, dass sie den Antrag nur deshalb ablehnen würde, weil sie derzeit nicht ermessen könne, wie viel Beratungszeit nötig ist. Sie ist im RVR durch die Koalition mit SPD und Grünen gebunden, setzt jedoch ebenfalls auf Zeit, da Schwarz-Gelb im Land etliche Vorgaben des Landesentwicklungsplanes vor allem im Bereich Klimaschutz zurückschrauben will. Der Landesentwicklungsplan ist der verbindliche rechtliche Rahmen für den Regionalplan.

Tomas Grohé wies darauf hin, dass bestehende Unklarheiten und unterschiedliche Ansichten, die bereits in einigen Kommunen diskutiert werden, doch endlich im Rahmen eines öffentlichen Verfahrens thematisiert und abgewogen werden sollten. Die Politik hat im RVR in verschiedenen Beschlüssen schon lange die Zielrichtungen vorgegeben, die die Verwaltung mit dem Entwurf umzusetzen hat.

Unsere Fraktion wird in den kommenden Wochen einen Vorschlag machen, wie der Abstimmungsprozess zum Regionalplan mit den Kreisverbänden, den Rats- und Kreistagsfraktionen geführt werden kann.

---

### ***Letzte Formalien für den Start Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr geklärt***

---

Mit der Bestellung von Jürgen Hecht zum Geschäftsführer und den Beschlüssen zur betrieblichen Zusatzversorgung für die Mitarbeiter\*innen der Freizeitgesellschaft sind nun alle wesentlichen Schritte für den Start der Gesellschaft gemacht.

Kritisch betrachtet die Fraktion DIE LINKE weiterhin die fehlende Bereitschaft der Städte Herne und Dortmund, der neuen Gesellschaft beizutreten. Dabei werden auch diese Revierparks von dem neuen Konzept des RVR „Zukunft und Heimat: Revierparks 2020“ zur Aufwertung der Parks profitieren. Allein im nächsten Jahr wird der Verband zehn Mio. € für Investitionen bereitstellen.

Die Fraktion positionierte sich in diesem Zusammenhang gegen den Beschluss zum Neubau des Westbades im Gelände des Revierparks Wischlingen, da es in Dortmund dagegen erheblichen Widerstand gibt.

## Neuigkeiten aus den Ausschüssen

### Kiesabbau in Wesel – Wie weiter?

In den letzten Monaten gab es vermehrt Diskussionen zur Nutzung von Flächen für den Kiesabbau, insbesondere in der Stadt Wesel. Entgegen den bestehenden Festlegungen im Regionalplan der Bezirksregierung Düsseldorf wollen die Kiesindustrie, die Bürgermeisterin aber auch die Politik – insbesondere die SPD – erreichen, dass bestehende Flächen erweitert werden.

Wir halten es für zielführender, die Diskussion auf der Grundlage des neuen Regionalplans zu führen, um die Fragen der Rohstoffgewinnung im Ruhrgebiet insgesamt zu betrachten und keine vorschnellen Festlegungen für ein Gebiet ohne Kenntnis der zu Grunde liegenden Fakten und Gutachten zu treffen.

### RVR will Halden und Forstbereiche von der RAG übernehmen

Der Verband hat die Verhandlungen mit der RAG zur Übernahme weiterer Halden begonnen, um eine sinnvolle Folgenutzung aus einer Hand zu initiieren und möglich zu machen. Dabei wird über 22 Halden und Forstgrundstücke in einer Gesamtgröße von ca. 2.300 ha diskutiert. Mehrere Halden sollen für naturnahe Erholung, Freizeit und Tourismus genutzt werden. Dazu gehören die Halden Brinkfortsheide (Marl), Lohberg (Dinslaken) und Mottbruch (Gladbeck). Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen ein „Haldenkonzept Metropole Ruhr“ zu entwickeln, für dessen Umsetzung Fördermittel notwendig sind.

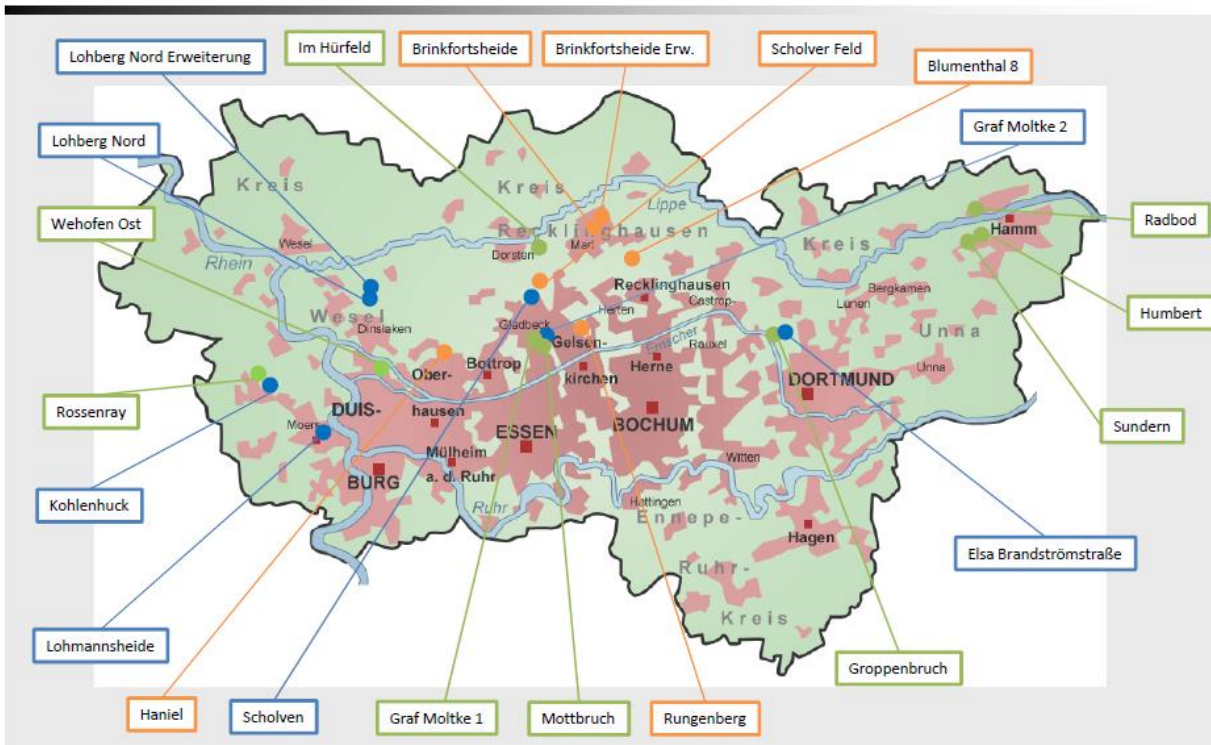
Neben den Entwicklungskosten stellen die Unterhaltungskosten ein echtes Problem dar. Aktuell sieht das Finanzierungsmodell vor, die benötigten Unterhaltungskosten aus den Pachteinnahmen aus den 10 bestehenden Windkraftanlagen auf Haldengrundstücken sowie aus der Bereitstellung von Haldengrundstücken für Deponiezwecke zu finanzieren. Aktuell will man fünf Halden (Lohberg Nord, Rungenberg, Scholver Feld, Blumenthal 8, Elsa- Brandströmstraße) übernehmen, die nach der Entlassung aus der Bergaufsicht der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Refinanzierung der Unterhaltungskosten der weiteren 17 Halden will man über Pachteinnahmen aus zwei bis drei Deponiestandorten realisieren.

Wenn im Frühjahr die detaillierte Vorlage der Verwaltung vorliegt, streben wir dazu einen Austausch mit den Fraktionen und Kreisverbänden an.

Hier die Übersicht über die Halden, über die der RVR Gespräche mit der RAG führt.

## Übersicht

Anlage zur Drucksache Nr. 13/0928



---

## **Gelder für Kulturförderung bewilligt**

---

Der Kultur- und Sportausschusses bewilligte 27.500 Euro für Projekte im Rahmen des Förderfonds Interkultur und der Regionalen Kulturförderung. Die hierfür eingereichten Anträge haben einmal mehr deutlich gemacht, wie hoch der Bedarf ist. Die in 2017 im Rahmen der Regionalen Kulturförderung zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 30.000 € waren ein Tropfen auf den heißen Stein. In den Beratungen zum Haushalt 2018 des Verbandes werden wir uns deshalb erneut dafür einsetzen, diese Fördersumme zu erhöhen.

## **Außerdem ...**

---

### **Was verbirgt sich hinter dem ruhrFIS Monitoring Daseinsvorsorge?**

---

Nach dem RVR-Gesetz hat der Verband die Aufgabe, Daten und Fakten zur räumlichen Entwicklung zu erfassen und zu beobachten. Dazu hat die Verwaltung ein eigenes, bundesweit einmaliges Instrument entwickelt: das Flächeninformationssystem Ruhr *ruhrFIS*.

Diese besteht aus:

- dem *ruhrFIS*-Siedlungsflächenmonitoring. Hier werden die in den Flächennutzungsplänen dargestellten Reserveflächen für Wohnen und Gewerbe sowie deren Inanspruchnahme festgehalten.
- dem *ruhrFIS*-Siedlungsflächen- bedarfsberechnung. Mit dessen Hilfe werden die zukünftigen Siedlungsflächenbedarfe für Wohnen und Gewerbe ermittelt und
- dem neu herausgegebenen *ruhrFIS*-Monitoring Daseinsvorsorge.

Erstmals hat man die Einrichtungen der grundzentralen Daseinsvorsorge in allen Kommunen des Verbandsgebietes erfasst. Jetzt lässt sich feststellen, welche Unterschiede es zwischen den Stadtteilen gibt, um Kitas, Schulen, Haltestellen, Supermärkte oder den Arzt zu erreichen. So zeichnet sich der Kernraum zwischen Dortmund und Duisburg durch gute Erreichbarkeit und eine hohe Versorgungsdichte aus. Fast 87 Prozent der Kinder erreichen in der Region eine Grundschule in 15 Minuten zu Fuß. Weniger positiv fällt die Erreichbarkeit von Haltestellen des ÖPNV oder von Kita aus.

Planungsämtern als auch Politik vor Ort können so ermessen, inwieweit die Siedlungsentwicklung auch nachhaltig, sozialgerecht erfolgt.

---

## **Rassistisch – darf man zur AfD sagen ... Ermittlungsverfahren gegen Wolfgang Freye eingestellt**

---

Nach mehreren Monaten hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Wolfgang Freye nach § 170 (2) der Strafprozessordnung eingestellt. Das Verfahren ging auf eine Strafanzeige der AfD-Fraktion wegen Beleidigung zurück.

Wolfgang Freye dazu: „Durch die Einstellung des Verfahrens hat die Staatsanwaltschaft deutlich gemacht, dass sie keinen ausreichenden Anlass für die Erhebung einer Klage sieht. Die Formulierung ‚die Rassisten von der AfD‘ darf also verwendet werden und ist nicht als Beleidigung anzusehen,“ erläutert Wolfgang Freye zufrieden. „Die Anzeige hat sowieso vor allem deutlich gemacht, wie unsäglich die AfD operiert: Mit dem Satz, ‚das wird man ja wohl mal sagen dürfen ...‘ rechtfertigt sie immer wieder übelste Beleidigungen und Unterstellungen gegen Flüchtlinge und andere Migranten, gegen die Medien oder auch gegen Politikerinnen und Politiker anderer Parteien. Wenn man sie selbst kritisiert, stellt sie Strafanzeige.“

In der Verbandsversammlung informierte unser Fraktionsvorsitzender darüber unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ und erhielt parteiübergreifend viel Beifall.

## **Einige Pressemitteilungen ...**

---

### **Stahlstandorte erhalten – Mitbestimmung garantieren! LINKE erwartet klare Positionierung vom Land für die Stahlkocher**

**21.09.2017**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) sieht die Auslagerung der Stahlsparte im Rahmen der Fusionspläne von Thyssen-Krupp mit dem indischen Tata-Konzern äußerst kritisch. Es ist an der Zeit, dass sich die Landesregierung und der Bund zum Erhalt des Stahlstandortes in NRW und der Sicherung der Arbeitsplätze positioniert.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu: „Für uns ist die Haltung des Wirtschaftsministers Andreas Pinkwart (FDP) völlig undiskutabel, die Fusionspläne zwischen Thyssen-Krupp und Tata als ‚Chance und gute Perspektive für den Stahlstandort‘ zu bezeichnen. Welche Chancen bestehen

denn für den Wirtschaftsstandort Ruhrgebiet, wenn 2.000 Industriearbeitsplätze unwiederbringlich verschwinden sollen? Das sind 2.000 fehlende, tariflich gesicherte Arbeits- und Lebensperspektiven für die Menschen im Ruhrgebiet. Und auch Armin Laschets Äußerungen als Ministerpräsident machen deutlich, dass die Aussagen des Koalitionsvertrages zur Sicherung der ‚Zukunft der Industrie im Ruhrgebiet‘ nur blumige Worte sind. So macht sich die Landesregierung zum willfährigen Gehilfen der Unternehmensspitze, bei deren Entscheidungen die Renditen für Aktionäre im Vordergrund stehen. Die Auswirkungen für die Betroffenen und deren Familien geraten dabei völlig ins Hintertreffen.“

Die LINKE im RVR fordert endlich konkrete Signale aus Düsseldorf, wie man den Abbau der Arbeitsplätze im Ruhrgebiet durch dieses hochriskante Geschäft verhindern will.

Wolfgang Freye weiter: „Es bedarf endlich klarer Worte seitens des Landes und des Bundes an die Unternehmensspitze. Wir stellen uns an die Seite der Arbeitnehmer\*innen und des Betriebsrates, unterstützen deren Forderungen nach Garantien zum langfristigen Erhalt der Standorte und Arbeitsplätze in NRW sowie für mehr Transparenz in dem Verfahren. Die Thyssen-Krupp-Spitze tritt die lange Mitbestimmungstradition in den Stahlkonzernen mit Füßen, wenn sie die Fusion gegen Arbeitnehmervertreter und IG Metall durchsetzen will. Die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften und der Betriebsräte sind ein hohes Gut, auf deren Einhaltung insbesondere jetzt geachtet werden muss. Betriebsbedingte Kündigungen sind unbedingt auszuschließen.“

---

***Diesel-Fahrverbote lassen sich nicht „aussitzen“  
Kommunalrat gefordert über regionale Lösungen nachzudenken***

---

**31.07.2017**

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Stuttgart zu Fahrverboten für Diesel-Fahrzeuge sieht die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) einen Handlungsbedarf bei den Städten des Ruhrgebietes und dem Kommunalrat. Nachdem sich die Richter mit Maßnahmen zur Nachrüstung der Auto-Software ausdrücklich nicht zufrieden geben wollen.

„Gegen die Stadt Essen läuft ein Verfahren der Deutschen Umwelthilfe wegen Nichteinhaltung der Grenzwerte für Stickoxide, auch in Gelsenkirchen gibt es Probleme. Deshalb macht es keinen Sinn abzuwarten,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Dabei sind Fahrverbote die letzte Maßnahme, die wir nicht wollen. Fahrverbote würden vor allem die Besitzer älterer Dieselfahrzeuge treffen, d.h. Menschen mit überwiegend niedrigen Einkommen oder kleine Handwerker, die um ihre Existenz kämpfen müssen. Die Entscheidung liegt darüber gar nicht in der Hand der Städte, sondern bei den Bezirksregierungen und den Gerichten. Insofern wären die Verwaltungen gut beraten, sich auch auf Fahrverbote für die Innenstädte als Maßnahmen zur Luftreinhaltung vorzubereiten, statt unvorbereitet in angeordnete Fahrverbote zu schlittern.“

Die Bezirksregierungen sind verantwortlich für die Erarbeitung der Luftreinhaltepläne zur Einhaltung der Grenzwerte für Auto-Schadstoffe und arbeiten zurzeit daran.

Wolfgang Freye weiter: „Da solche Regelungen im Ruhrgebiet nur städteübergreifend Sinn machen, ist der Kommunalrat gefordert, eine regionale Lösung herbeizuführen. Zusammen sollte man überlegen, ob man die Möglichkeiten des RVR-Gesetzes nutzt und den RVR über eine Aufgabenüberlassung zum Sprachrohr für alle Ruhrgebietsstädte gegenüber den drei Bezirksregierungen macht. Unabhängig von den regional anzustrebenden Lösungen sind die Bundesregierung und der Bundestag in der Pflicht. Sie sollten der erheblichen kriminellen Energie der Automobilindustrie etwas entgegensetzen. Die Industrie nimmt Millionen Fahrzeugbesitzer gewissermaßen als Geiseln, um erneut um ernsthafte Konsequenzen herumzukommen. Das ist völlig unhaltbar. Der Bund muss endlich weitgehende Haftungsansprüche gegen die Autokonzerne festzulegen, ggfs. durch entsprechende gesetzliche Regelungen zu Schadensersatzansprüchen.“

---

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

**Impressum:**

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer Gutenbergstr. 47; 45128 Essen  
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334  
Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)